



Künftig werden die Schülerzeitschriften fachlich erprobte, praxisgerechte und einfach anwendbare Übungen samt spielerischer Diagnosetools enthalten.

und zur Anwendung von Lesestrategien. Ein vielfältiges Angebot an Textsorten mit anregenden und aktuellen Themen aus der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen machen mit dem Lesen vertraut. Schließlich wird auch der Zugang in die bunte Welt der klassischen und modernen Kinder- und Jugendliteratur eröffnet – eine Welt voller Phantasie und Abenteuer für alle, die einmal die Eingangshürde, nämlich die Fähigkeit zum flüssigen, verständigen Lesen, gemeistert haben.

Stets müssen sich dabei die Interessen der Kinder in ihrer Lektüre wiederfinden, denn ein wesentlicher Erfolgsfaktor besteht darin,

dass Texte und Übungen auf die individuellen Fähigkeiten und Vorerfahrungen der Kinder Rücksicht nehmen. Madl betont: „Die Differenzierung von Lese- und Hörtexten sowie der dazugehörigen Onlineaufgaben ermöglicht es allen Schülerinnen und Schülern, das Lesen für sich zu entdecken.“

Die rechtzeitige Förderung der Lesekompetenz ist deshalb so wichtig, weil mangelnde Fähigkeit auf diesem Gebiet eines der größten Hindernisse für ein erfolgreiches und erfülltes Erwachsenenleben darstellen, ganz gleich in welchem Beruf, so Madl abschließend: „Dem Bemühen um ausreichende Lesefähigkeiten in allen Bevölkerungsgruppen müssen wir höchste Priorität geben.“

MEDIENSPLITTER – Ethische Überlegungen zur Corona-Krise

Ethik fordert aber nicht rigoristisch, immer das jeweils Bestmögliche zu tun. Es gibt einen Unterschied zwischen „gut und schlecht“ und „gut und besser“. Streng verpflichtend ist nur Schadensminimierung, alles darüber hinaus wird nachdrücklich empfohlen.

Wenn man diese Ethik auf die derzeitige Situation anwendet, ließe sich Folgendes sagen: Die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie dürfen nicht kontraproduktiv sein, sie dürfen also auf die Dauer und im Ganzen nicht gerade diejenigen Werte untergraben, die man mit ihnen erreichen will, und sie dürfen auch nicht unnötig andere Werte opfern. Sie müssen also „verhältnismäßig“ sein. Das Hauptziel dieser Maßnahmen ist die Rettung von Leben. Falls aber diese Maßnahmen überschießend sind, könnte es etwa durch einen wirtschaftlichen Totalausfall und dessen Folgeerscheinungen (z. B. Versorgungsprobleme, Kriminalität, soziale Unruhen, sogar Krieg) zu einem insgesamt noch viel größeren Verlust an Menschenleben kommen. Auch andere Werte dürfen dabei nicht unnötigerweise beeinträchtigt werden, man denke etwa an den Wert der Freiheit oder an bestimmte Merkmale einer offenen Gesellschaft.

P. Robert Deinhammer SJ
<https://www.jesuiten.org/> vom 17. April 2020

Man müsse den Lebensschutz und Freiheitsrechte gegeneinander abwägen, erklärte der Deutsche Ethikrat in der vergangenen Woche in einer Stellungnahme. „Auch der gebotene Schutz menschlichen Lebens gilt nicht absolut“, schreiben die Sachverständigen, die regelmäßig die deutsche Bundesregierung beraten. Und weiter: Diesem Schutz dürften nicht alle Rechte auf Freiheit und Partizipation bedingungslos untergeordnet werden – oder dem Recht darauf, Wirtschaft zu betreiben und soziale Kontakte zu pflegen. „Ein allgemeines Lebensrisiko ist von jedem zu akzeptieren.“

Die Zeit online vom 5. April 2020

Unantastbar bleibt für ihn jedoch eine Leitplanke wie die unbedingte Achtung der Menschenwürde. „Jede und jeder ist ohne Wenn und Aber ein gleichberechtigtes Geschöpf, also nach christlicher Auffassung ein Ebenbild Gottes“, so Rehm. „Die Nächstenliebe ist der Dreh- und Angelpunkt.“ Doch wenn sich in tragischen Situationen selbst ein Verletzung der hehrsten Grundnormen nicht zu umgehen ist, werden sich die Betroffenen der zwangsläufigen Schuld stellen müssen. Die Beschäftigung mit den Grundkonflikten einer womöglich verhängnisvollen Abwägung von Menschenleben zieht sich freilich bereits durch die Jahrhunderte. Zuletzt hatte in den Kirchen vor allem die Auseinandersetzung um den Dienst mit der Waffe, also um die Friedensethik, enorme Spannungen und Zerreißproben heraufbeschworen.

<https://www.nordbayern.de> vom 16. April 2020